Die Dorfschell

Zeitung des **SPD**-Ortsvereins Olsbrücken/Frankelbach, August 2023

SENIORENNACHMITTAG IN OLSBRÜCKEN

Zum diesjährigen Seniorennachmittag hatte Ortbürgermeister Walter Schneck (SPD) eingeladen. In einem Zelt auf dem Platz an der Pfälzerwald-Hütte wurde Kaffee und Kuchen unter tatkräftiger Mithilfe der Mitglieder des Pfälzerwaldvereins Olsbrücken serviert. Etwa 90 Seniorinnen und Senioren kamen zur Feier und genossen Kaffee und Kuchen in gemütlicher Runde.

In einem Fachvortrag erklärte Frau Andrea Rihlmann von der Kreisverwaltung Kaiserslautern die Vorteile der Notfalldose (über die Notfalldose hatte schon die „Dorfschell“ in einer ihrer früheren Ausgaben informiert).
Musikalisch untermalt wurde die Veranstaltung von Iris Kannengieser-Rosenwald.

NEUES AUS OLSBRÜCKEN

Das Spielgerät auf dem Spielplatz beim Gelände des TUS Olsbrücken ist zum großen Teil aufgestellt. Das Mittelteil ist errichtet, nur die Randteile müssen noch hinzugefügt werden. Ortsbürgermeister Walter Schneck (SPD) lobte den Einsatz der ehrenamtlichen Helfer, ohne den die Errichtung des Spielgerätes unmöglich gewesen wäre.
Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung den Aufstellungsbeschluss für ein weiteres Windrad gefasst. Dieses Rad soll in dem Bereich stehen, wo sich jetzt schon die übrigen Windräder befinden. Allerdings sollen mittelfristig die beiden älteren und kleineren Windräder abgebaut werden.
Fernerhin hat man die beabsichtigten Änderungen des Flächennutzungsplans der Verbandsgemeinde Otterbach-Otterberg zur Kenntnis genommen, welche auf die gutachtlichen Feststellungen des Ingenieurbüros igr aus Rockenhausen zurückgehen. Dabei geht es um die Ausweisung von Flächen zum Bau von Windrädern und Freiflächen-PV-Anlagen. Es sind auch Flächen in der Gemarkung Olsbrücken ins Auge gefasst. Mit der weiteren Entwicklung will man sich aktiv befassen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

in Deutschland gibt es einen gewaltigen Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Wir glauben vielfach immer noch: Wir sind die besten, wir sind Weltmeister! Dabei herrscht bei uns schlichtweg „nur“ Mittelmaß. Bestes Beispiel sind unsere Fußballerinnen und Fußballer:
Unsere Männer wollten 2018 in Russland Weltmeister werden- Vorrunde raus. Sie wollten 2021 Europameister werden -Achtelfinale raus (die Vorrunde nur mit viel Glück überstanden). Dann war die Weltmeisterschaft in Katar angepeilt -Vorrunde raus. Die Nachwuchsfußballmannschaft der Männer („U21“): Wir werden Europameister -Vorrunde raus. Jetzt wollten die Frauen Weltmeister werden -Vorrunde raus. Jetzt faseln Funktionäre, Trainer, die Mannschaft der Männer vom Europameistertitel im Jahre 2024.
Ja, merkt man denn nicht, dass man sich lächerlich macht? Dass großen Sprüchen immer „Bauchlandungen“ folgen. Dass ein bisschen mehr Demut, Zurückhaltung, Bescheidenheit gut tät. Dass Realitätssinn, objektive Einschätzung der Umstände und der Leistungsfähigkeit angemessen wären. Aber nein: Wir „kloppen weiter Sprüche“ und fallen immer wieder rein.
Nun kann man sagen: Das ist ja nur Fußball. Was schert uns, wenn einige „Spinner“ dummes Zeug reden?

Aber: Was zurzeit und in der jüngeren Vergangenheit im Fußball geschieht, gibt es auch in unserem täglichen Leben. Auch hier: Überschätzung, große Töne, Arroganz bei einer ganz bescheidenen Realität. Wir sehen uns immer noch als die Nummer eins in Europa und übersehen die Vielzahl der Mängel:

- Wir halten große Stücke auf unser Bildungsangebot, vergessen aber, dass wir nach der Pisa Studie in Europa nur Mittelmaß im schulischen Bereich sind,
- Wir halten große Stücke auf unsere Wirtschaftsleistung, verschweigen aber, dass wir als nahezu einziges Land in Europa keine Wirtschaftswachstum haben, dass wir mit die höchste Inflationsrate haben, ebenso in etwa die höchsten Energiekosten, dass etwa 30 Prozent der Unternehmen sich mit Abwanderungsgedanken tragen,
- Wir behaupten, wir hätten eines der besten Gesundheitssysteme in Europa, berücksichtigen aber nicht Ärztemangel, Pflegepersonalmangel, immense Kosten für eine Heimunterbringung, die die meisten Heimbewohner in die Sozialhilfe treiben, ein drohendes Krankenhaussterben,
- Wir bilden uns viel auf unser Organisationstalent ein, haben aber endlos lange Genehmigungs -und Gerichtsverfahren bis hin zum Stillstand, haben ein Zuständigkeitswirrwar im öffentlichen Bereich, leiden unter fehlender Erreichbarkeit der Behörden.

Nehmen wir noch die Mängel bei der Digitalisierung, der Bundeswehr, der Infrastruktur, der Bahn hinzu, dann haben wir allen Grund Zurückhaltung zu üben, den Mund nicht zu voll zu nehmen (das gilt auch für unseren Bundeskanzler), nicht auf andere herabzusehen, sondern ruhig und sachlich an der Aufarbeitung all unserer Mängel zu arbeiten.
Wenn wir uns so verhalten, dann können wir tatsächlich wieder einmal um die Weltmeisterschaft mitspielen und mitreden.

UMGEHUNG B 270 OLSBRÜCKEN

Auf Bitten des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach fragte MdB (Mitglied des Bundestages) Matthias Mieves (SPD) bei der Staatssekretärin Daniela Schmitt (FDP) im Verkehrsministerium in Mainz nach dem Entwicklungsstand der Maßnahme Ortumgehung B270 Olsbrücken. Von dieser kam am 27.Juli 2023 die Nachricht, dass nach wie vor die Wirtschaftlichkeitsuntersuchung laufe und darin das Nutzen-Kostenverhältnis untersucht werde.
MdB MIeves hat zugesagt, weiterhin in Berlin und Mainz am Ball zu bleiben.

DAS NEUE GEBÄUDE-ENERGIEGESETZ (HEIZUNGSGESETZ)

Der Gesetzesentwurf der Bundesregierung zum Gebäude-Energiegesetz liegt nunmehr nach langem Ringen und vielen Irrungen und Wirrungen dem Bundestag zur Entscheidung vor. Gegenüber der Vorlage des Koalitionsausschusses aus dem März/April diesen Jahres (die „Dorfschell“ berichtete in ihrer Ausgabe April 2023 darüber) hat es gewaltige Änderungen gegeben.

Nunmehr hat man sich im Gesetzesentwurf unter anderem auf diese Regelungen festgelegt:

- Nach wie vor bleibt das Ziel der Bundesregierung, den Ausstoß der Treibhausgase bis 2030 um 65 Prozent gegenüber 1990 zu senken und bis 2045 Klimaneutralität zu schaffen, bestehen. Da gerade im Gebäudesektor große Mengen Treibhausgase bei der Heizung ausgestoßen werden, müssen diese Ausstoßmengen mächtig reduziert werden, um die Klimaziele zu erreichen. Deshalb sieht das Gebäude-Energiegesetz unter anderem Veränderungen bei den Heizungen vor.
- Im Koalitionsausschussentwurf war festgelegt worden, dass neue Hausheizungen ab 2024 zu 65 Prozent mit erneuerbaren Energien betrieben werden müssen. Das ist im Wesentlichen vom Tisch. Diese Forderung gilt nur noch für Gebäude in **Neubaugebieten**. Also: **In bestehenden Gebäuden und Neubauten außerhalb von Neubaugebieten existiert die 65 Prozent -Pflicht nicht mehr.**
- Stattdessen sollen alle Gebäude außerhalb von Neubaugebieten erst in Anspruch genommen werden, wenn die sogenannten **kommunalen Wärmeplanungen** existieren. Kommunen müssen nämlich, so sie es nicht schon getan haben, in einem Planungsbeschluss festlegen, wie in ihrem Gebiet zukünftig die Heizungswärme erzeugt werden soll. Zum Beispiel durch Fernwärme. Dabei müssen sie aber die „65 Prozent-Regel“ beachten. Großstädte haben dazu bis 2026 Zeit. Das gilt in unserer Gegend für die Stadt Kaiserslautern. Andere Kommunen müssen eine solche Planung erst bis zum Jahr 2028 vorlegen, also auch die Ortsgemeinden Frankelbach, Olsbrücken, Hirschhorn und Sulzbachtal.
- Somit ist das Verbot, neue Öl -und Erdgasheizungen einzubauen, vorerst vom Tisch. Geblieben ist, dass bestehende Öl - und Gasheizungen bei Defekten repariert werden und sodann weiterbetrieben werden können. Sollte allerdings eine ÖL - oder Gasheizung unreparierbar kaputtgehen, kann man sie zwar in einer Übergangszeit von 5 Jahren, d.h. bis Ende 2028, gegen eine neue Öl -oder Gasheizung austauschen, doch sind dabei einige Bedingungen zu beachten:Zunächst muss vor Einbau einer solchen Neuanlage eine Beratung zwingend erfolgen. Diese Beratung soll auf die Auswirkungen der Wärmeplanung und möglicher Unwirtschaftlichkeit einer solchen Anlage hinweisen. Berater können Schornsteinfeger, Ofen - und Heizungsbauer, Elektrotechniker oder Energieberater sein.Weiterhin ist es ab **2029** Pflicht, dass mindestens 15 Prozent der erzeugten Wärme aus solchen Anlagen aus Biomasse oder Wasserstoff stammen. Diese Menge steigt mit den Jahren: Ab 2035 auf mindestens 30 Prozent, ab 2040 auf mindestens 60 Prozent. Das gilt nicht für jegliche Holzheizungen. Diese sind auflagenfrei.Auf jeden Fall sollte man aber eines bedenken: Der Preis für Heizöl und Erdgas wird steigen, weil diese -sich ständig erhöhend- mit einer CO2-Abgabe belegt werden. So ist absehbar, dass in überschaubarer Zeit das Verbrennen von Öl und Gas unwirtschaftlich werden wird.
- Der Staat wird im Gegenzug das Umbauen der Heizungssysteme stark fördern. Und zwar in dieser Form:Zunächst gibt es eine Grundförderung von 30 Prozent der Investitionskosten.Des Weiteren bekommt jemand,, der den Heizungsumbau auf erneuerbare Energien, zum Beispiel mit einer Wärmepumpe, bis 2028 vorzieht, eine weitere Förderung von 20 Prozent. Allerdings schmilzt diese 20 Prozent-Förderung nach 2028 alle zwei Jahre um drei Prozent ab.Hat jemand ein zu versteuerndes Jahreseinkommen von weniger als 40000€, bekommt er noch-

mals 30 Prozent Förderung. Allerdings beträgt der Gesamtförderhöchstsatz 70 Prozent.Beachten muss man aber, dass bei all diesen prozentualen Fördersätzen es Höchstbeträge gibt. So kann man bei der Grundförderung von 30 Prozent maximal 9000€ an Förderung bekommen, bei der Bonusförderung von 20 Prozent maximal 6000€, also insgesamt maximal 15000€.

- Die Sonderregelung für über 80jährige Eigenheimbesitzer, von diesen Neuregelungen befreit zu sein, ist weggefallen.

Zum Schluss noch ein Hinweis für Mieter:
Der Vermieter darf bei einem Heizungsaustausch die Investitionskosten mit 10 Prozent jährlich auf die Miete umlegen. Allerdings nur dann, wenn er eine staatliche Förderung in Anspruch genommen hat. Jedoch wird ein „Deckel“ eingezogen. Die Mieterhöhung darf innerhalb von sechs Jahren nur maximal **0,50€/qm** betragen.

DIE AKTUELLE SITUATION AUF DER LAUTERTALBAHN

In den letzten Monaten hat sich die Bedienungszuverlässigkeit und der Bedienungskomfort auf der Lautertalbahn erheblich verschlechtert. Deshalb hat sich der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Olsbrücken-Frankelbach und Beigeordnete der Ortsgemeinde Olsbrücken an MdB Matthias Mieves (SPD) mit der Bitte gewandt, bei der Deutschen Bahn AG wegen der Probleme nachzuhaken. Auf seine Nachfrage hat MdB Mieves am 5.Juli diesen Jahres eine Antwort der Bahn AG erhalten. Die zurzeit unbefriedigende Situation auf der Lautertalstrecke wird seitens der Bahn so erklärt:
Es hat in der letzten Zeit mehrere Zugbeschädigungen durch Zusammenstöße mit umgestürzten Bäumen sowie Bahnübergangsunfälle gegeben. Davon waren auch Züge, die unter anderem auf der Lautertalstrecke verkehren, betroffen. Eine schnelle Reparatur ist nach Auskunft der Bahn nicht möglich, weil zum einen Werkstattkapazitäten fehlen, zum anderen die Reparaturaufträge ausgeschrieben werden müssen, was alleine eine monatelange Verzögerung mit sich bringt.
Fernerhin müssen andere Züge nach einer gewissen Laufzeit aus Sicherheitsgründen durch eine Revision geführt werden. Diese können aber im Moment nicht vorgenommen werden, weil ein Ersatzteil eines Zulieferers durch die Qualitätskontrolle gefallen ist und somit im Moment nicht eingebaut werden kann.
Letztlich fehle es auch an Fachpersonal sowohl für den Fahrbetrieb als auch für den Wartungs - und Werkstattbereich. Man bemühe sich zwar intensiv um die Anwerbung neuen Personals, doch gebe es wegen der Ausbildungsnotwendigkeit dieses Personals eine Zeitlücke, die aktuell nur bedingt geschlossen werden kann.
Um den Verkehr auf der Lautertalstrecke einigermaßen aufrecht erhalten zu können, müsse man auch Altfahrzeuge einsetzen. Diese sind aber nicht behindertengerecht, so dass es in Einzelfällen zu Schwierigkeiten komme.
Abschließend führt die Bahn AG aus, dass man sich mit allen Kräften bemühe, die Beschränkungen auf der Lautertalstrecke so gering wie möglich zu halten und hoffe, bald Abhilfe schaffen zu können.

IMPRESSUM:

Die Dorfschell (Sonderausgabe) – Zeitung des SPD Ortsvereins Olsbrücken/ Frankelbach erscheint kostenlos für alle erreichbaren Haushalte in Olsbrücken und Frankelbach

Auflage dieser Ausgabe: 660
Redaktion: Rolf Künne (V.i.S.d.P)